

NR-Wahl 2024: Interview

Tobias Schweiger

KPÖ-Spitzenkandidat NR-Wahl 2024



1: Breitbandförderung

Wie kann bis 2030 eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Regionen Österreichs erreicht werden? Welche Rolle spielen dabei staatliche Förderungen?

Staatliche Förderungen müssen einen flächendeckenden Breitbandausbau bis 2030 unterstützen. Für die KPÖ gehört eine schnelle Internetverbindung zur grundlegenden Infrastruktur im 21. Jahrhundert.

2: Inhouse-Verkabelung

Durch fortschreitende Digitalisierung steigt der Bedarf an einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverkabelung in den eigenen vier Wänden. Wie können aktuelle Rahmenbedingungen (hohe Kosten, langwierige Prozesse, ggf. untätige Eigentümer:innen) für die Errichtung der Inhouse-Verkabelung verbessert werden? Wäre die gesetzliche Verankerung der Zustimmungsfiktion, also der stillschweigenden Zustimmung von Eigentümer:innen, sinnvoll?

Dort, wo ein Mieter das wünscht, soll eine Verkabelung möglich sein. Wir können uns vorstellen, dass solche baulichen Veränderungen wie andere Verbesserungen der Wohnung laut Mietrecht vom Mieter eigenhändig durchgeführt werden können.

3: Regulierung & Wettbewerb

Die Europäische Kommission unterstützte in ihrem Whitepaper zuletzt die Idee pan-europäischer Netzbetreiber. Sollten diese gefördert werden oder die Infrastruktur eher durch regionale, lokale Betreiber errichtet werden? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang Regulierung?

Die KPÖ setzt auf kleinteilige Versorgung vor Ort statt auf große, internationale Konzerne. Eine Möglichkeit wären auch Netzgenossenschaften, bei denen sich die Bürger:innen beteiligen können. Staatliche Regulierung muss sicherstellen, dass mit Grundbedürfnissen – dazu gehört für uns der Internetanschluss – kein Profit gemacht wird

NR-Wahl 2024: Interview

Gerhard Deimek

FPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat |
FPÖ-Sprecher für Forschung, Innovation und Digitalisierung



1: Breitbandförderung

Wie kann bis 2030 eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Regionen Österreichs erreicht werden? Welche Rolle spielen dabei staatliche Förderungen?

Eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur ist essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft. Dabei spielen sowohl der feste als auch der mobile Breitbandausbau eine entscheidende Rolle. Wir setzen auf private Investitionen als Haupttreiber des Breitbandausbaus. Der Wettbewerb unter privaten Anbietern fördert Innovation und Effizienz. Durch attraktive Rahmenbedingungen und regulatorische Sicherheit schaffen wir Anreize für Unternehmen, in den Breitbandausbau zu investieren. Kooperationen zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Stellen können zusätzlich Synergien schaffen und den Ausbau beschleunigen.

Anstatt flächendeckende Subventionen für den Breitbandausbau bereitzustellen, konzentrieren wir öffentliche Fördermittel auf spezifische Bereiche wie Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sowie die Unterstützung von KMUs und Gemeinden. Dies stärkt die digitale Kompetenz und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Öffentliche Mittel sollen gezielt dort eingesetzt werden, wo der private Ausbau aufgrund wirtschaftlicher Unrentabilität stockt, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Regionen.

2: Inhouse-Verkabelung

Durch fortschreitende Digitalisierung steigt der Bedarf an einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverkabelung in den eigenen vier Wänden. Wie können aktuelle Rahmenbedingungen (hohe Kosten, langwierige Prozesse, ggf. untätige Eigentümer:innen) für die Errichtung der Inhouse-Verkabelung verbessert werden? Wäre die gesetzliche Verankerung der Zustimmungsfiktion, also der stillschweigenden Zustimmung von Eigentümer:innen, sinnvoll?

Die FPÖ befürwortet grundsätzlich eine vereinfachte Entscheidungsfindung im Wohnungseigentum, um notwendige Modernisierungen zu erleichtern. In letzter Zeit wurden bereits positive Schritte unternommen, etwa bei Photovoltaik-Anlagen und E-Ladestationen. Allerdings sehen wir die Notwendigkeit einer umfassenderen, generellen Lösung, anstatt weiterhin punktuelle Regelungen für spezifische Fälle zu schaffen. Heute betrifft es die Verkabelung, morgen möglicherweise andere Technologien. Eine ganzheitliche und langfristige Lösung würde den Abstimmungsprozess im Wohnungseigentum insgesamt effizienter gestalten und zukünftige Entwicklungen besser berücksichtigen.

3: Regulierung & Wettbewerb

Die Europäische Kommission unterstützte in ihrem Whitepaper zuletzt die Idee pan-europäischer Netzbetreiber. Sollten diese gefördert werden oder die Infrastruktur eher durch regionale, lokale Betreiber errichtet werden? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang Regulierung?

Die FPÖ sieht keine Notwendigkeit für eine gesonderte Förderung oder spezielle Regulierung pan-europäischer Netzbetreiber. Wir sind der Auffassung, dass die bestehenden regionalen und lokalen Betreiber

bereits gut aufgestellt sind, um eine zuverlässige und leistungsfähige Infrastruktur zu gewährleisten. Die Regulierung sollte daher weiterhin auf nationaler Ebene erfolgen, um die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten in Österreich bestmöglich zu berücksichtigen. Eine einheitliche europäische Regelung könnte die Flexibilität und Effizienz regionaler Lösungen beeinträchtigen, was wir ablehnen.

NR-Wahl 2024: Interview

Eva-Maria Himmelbauer

ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat |
Sprecherin für Telekommunikation, Netzpolitik und Digitalisierung



1: Breitbandförderung

Wie kann bis 2030 eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Regionen Österreichs erreicht werden? Welche Rolle spielen dabei staatliche Förderungen?

Im Bereich Breitbandausbau konnten wir durch ein Gesamtbudget von 1,4 Milliarden Euro die Abdeckung mit Hochgeschwindigkeitsinternet von 85 % auf über 95 % der Haushalte steigern. Besonders in ländlichen Gebieten haben über 600.000 Haushalte erstmals Zugang zu schnellem Internet erhalten. Dies stärkt die digitale Teilhabe und fördert die wirtschaftliche Entwicklung durch bessere Anbindung für Unternehmen.

Als ÖVP ist uns auch weiterhin die Unterstützung von unterversorgten Gebieten ein wichtiges Anliegen und den Ausbau von Glasfasernetzen voranzutreiben. In den letzten Jahren haben Gemeinden und Verbände eine stärkere Rolle eingenommen, was sich als sehr positiv erwiesen hat. Einerseits konnte so der Glasfaserausbau maßgeblich vorangetrieben werden, andererseits entstand auf Diensteebene durch diese offenen Netze mehr Wettbewerb, was den Nutzern zugutekommt. Offene Netze sind eine willkommene Entwicklung der letzten Jahre, sollen aber – wie auch bisher – nicht das einzige Fördermodell darstellen. Der weitere Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine wesentliche Aufgabe auch für die kommende Regierung, um die digitale Kluft zwischen urbanen und ländlichen Gebieten endgültig zu schließen.

2: Inhouse-Verkabelung

Durch fortschreitende Digitalisierung steigt der Bedarf an einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverkabelung in den eigenen vier Wänden. Wie können aktuelle Rahmenbedingungen (hohe Kosten, langwierige Prozesse, ggf. untätige Eigentümer:innen) für die Errichtung der Inhouse-Verkabelung verbessert werden? Wäre die gesetzliche Verankerung der Zustimmungsfiktion, also der stillschweigenden Zustimmung von Eigentümer:innen, sinnvoll?

In der ablaufenden Gesetzgebungsperiode war es bedauerlicherweise nicht möglich, eine Änderung im Wohnungseigentumsgesetz (WEG) herbeizuführen. Dennoch gibt es ein klares Bekenntnis, die Rahmenbedingungen in diesem Bereich zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass bürokratische Hürden, wie langwierige Abstimmungsprozesse oder Außerstreitverfahren, abgebaut werden. Die Einführung einer Zustimmungsfiktion für InHouse-Verkabelungen sehen wir als eine sinnvolle Maßnahme, um den Glasfaserausbau auch innerhalb von Wohngebäuden zu beschleunigen und unnötige Kosten für die Bewohner zu vermeiden.

3: Regulierung & Wettbewerb

Die Europäische Kommission unterstützte in ihrem Whitepaper zuletzt die Idee pan-europäischer Netzbetreiber. Sollten diese gefördert werden oder die Infrastruktur eher durch regionale, lokale Betreiber errichtet werden? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang Regulierung?

Die Forcierung des digitalen Binnenmarktes ist grundsätzlich zu begrüßen, da sie zur Harmonisierung und Stärkung der europäischen Infrastruktur beiträgt. Allerdings darf dies nicht zulasten kleinerer oder regionaler Anbieter gehen. Der Wettbewerb im Telekommunikationssektor ist entscheidend, und gerade die kleineren Anbieter spielen eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung einer flächendeckenden

Versorgung in ländlichen Gebieten. Die Regulierung sollte daher so gestaltet werden, dass sie sowohl den Aufbau pan-europäischer Netze fördert als auch den Bestand und die Entwicklung regionaler Infrastrukturen unterstützt.

NR-Wahl 2024: Interview

Süleyman Zorba

Die Grünen-Abgeordneter zum Nationalrat |
Sprecher für Netzpolitik, Digitalisierung und Lehre



1: Breitbandförderung

Wie kann bis 2030 eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Regionen Österreichs erreicht werden? Welche Rolle spielen dabei staatliche Förderungen?

Breitbandnetze sind das Rückgrat für eine erfolgreiche Digitalisierung. Schon in den vergangenen Jahren der grünen Regierungsbeteiligung wurde hier eine massive Förderinitiative gestartet. Diese Förderung ist fortzusetzen, und zwar ganz klar, bis es in Österreich keinen Fleck mehr ohne Breitbandinternet gibt – auch im ländlichen Bereich. Dabei brauchen wir – regional angepasst – einen guten Mix aus mobilem und stationärem Breitbandnetz.

Wir befürworten einen marktorientierten Netzausbau. Öffentliche Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie unbedingt erforderlich sind, insbesondere in Bereichen, in denen kaum Chancen bestehen, von privaten Investitionen abgedeckt zu werden.

2: Inhouse-Verkabelung

Durch fortschreitende Digitalisierung steigt der Bedarf an einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverkabelung in den eigenen vier Wänden. Wie können aktuelle Rahmenbedingungen (hohe Kosten, langwierige Prozesse, ggf. untätige Eigentümer:innen) für die Errichtung der Inhouse-Verkabelung verbessert werden? Wäre die gesetzliche Verankerung der Zustimmungsfiktion, also der stillschweigenden Zustimmung von Eigentümer:innen, sinnvoll?

Die ersten Erfahrungen mit einer Zustimmungsfiktion im Bereich von Maßnahmen wie Beschattungsvorrichtungen oder der Installation einer Solaranlage in Reihenhäusern sind gut. Sofern die Kosten für eine gewünschte Inhouse-Verkabelung von jenen Wohnungseigentümer:innen getragen werden, die diese nutzen wollen, erscheint eine Ausweitung der Zustimmungsfiktion auf diesen Bereich sinnvoll und im Sinne einer digitalen Chancengleichheit für Bürger:innen sachgerecht.

3: Regulierung & Wettbewerb

Die Europäische Kommission unterstützte in ihrem Whitepaper zuletzt die Idee pan-europäischer Netzbetreiber. Sollten diese gefördert werden oder die Infrastruktur eher durch regionale, lokale Betreiber errichtet werden? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang Regulierung?

Wir halten es für wichtig, kleine lokale Anbieter neben den wenigen großen Playern zu erhalten. Keinesfalls sollte es zu einer Re-Monopolisierung kommen. Regulierung ist dann nötig, wenn ein offensichtliches Marktversagen beim Breitbandausbau vorliegt oder wenn es darum geht, den Wettbewerb abzusichern. Wesentlich ist Rechts- und Planungssicherheit für alle Marktteilnehmer:innen – große wie kleine.

NR-Wahl 2024: Interview

Douglas Hoyos-Trauttmansdorff

NEOS-Generalsekretär | Vorsitzender im Rechnungshofausschuss |
NEOS-Sprecher für Landesverteidigung, Digitalisierung, Netzpolitik
und Telekom | Abgeordneter zum Nationalrat



1: Breitbandförderung

Wie kann bis 2030 eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Regionen Österreichs erreicht werden? Welche Rolle spielen dabei staatliche Förderungen?

Für eine flächendeckende Breitbandversorgung in Österreich braucht es eine umfassende Reform des Fördersystems und des aktuellen Rechtsrahmens. Trotz Investitionen in Milliardenhöhe ist Österreich unter den Schlusslichtern bei Glasfaseranschlüssen. Staatliche Förderungen müssen effektiver gestaltet sein, indem sie die Umsetzung von Ausbauplänen sicherstellen und Anreize für die Nutzung von Glasfaseranschlüssen schaffen. Es ist entscheidend, dass Glasfaser zur Regel wird und nicht die Ausnahme bleibt, um die Wettbewerbsfähigkeit und digitale Zukunft Österreichs zu sichern.

2: Inhouse-Verkabelung

Durch fortschreitende Digitalisierung steigt der Bedarf an einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverkabelung in den eigenen vier Wänden. Wie können aktuelle Rahmenbedingungen (hohe Kosten, langwierige Prozesse, ggf. untätige Eigentümer:innen) für die Errichtung der Inhouse-Verkabelung verbessert werden? Wäre die gesetzliche Verankerung der Zustimmungsfiktion, also der stillschweigenden Zustimmung von Eigentümer:innen, sinnvoll?

Die schlechten Glasfaser-Anschlussraten zeigen, dass Änderungen bei den Förderungen sowie beim aktuellen Rechtsrahmen nötig sind. Eine ausgewogene Evaluierung, die die bestehenden Interessenslagen berücksichtigt und anhand internationaler Best Practices einen Weg zu einer effizienten, flächendeckenden Glasfaserversorgung ermöglicht, ist unerlässlich. Eine Zustimmungsfiktion für Inhouse-Verkabelung könnte die Verfahren beschleunigen, muss jedoch sorgfältig abgewogen werden, da es sich um einen Eingriff in die Eigentumsrechte handelt. Wichtig ist, dass eine Reform ein Level-Playing-Field für alle Anbieter schafft und somit den Glasfaserausbau vorantreibt.

3: Regulierung & Wettbewerb

Die Europäische Kommission unterstützte in ihrem Whitepaper zuletzt die Idee pan-europäischer Netzbetreiber. Sollten diese gefördert werden oder die Infrastruktur eher durch regionale, lokale Betreiber errichtet werden? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang Regulierung?

Eine weitgehende Vertiefung des digitalen Binnenmarkts stärkt den Wirtschaftsstandort Europa insgesamt, indem Barrieren abgebaut werden. Pan-europäische Netzbetreiber können helfen, die Kosten des Glasfaserausbau zu senken und den Wettbewerb zu fördern. In den letzten Jahren wurden bereits wesentliche Teile der Glasfaserinfrastruktur von international tätigen IKT-Unternehmen erbaut. Gleichzeitig dürfen regionale und lokale Betreiber nicht vernachlässigt werden. Glasfasernetze sind ein ganz wesentlicher Teil unserer Infrastruktur. Jede Reform auf EU wie nationaler Ebene sollte sicherstellen, dass der Rechtsrahmen für die Errichtung als auch für den Zugang zu Glasfaserinfrastruktur fair und gleichberechtigt ausgestaltet wird.

NR-Wahl 2024: Interview

Petra Oberrauner

Abgeordnete zum Nationalrat | SPÖ-Bereichssprecherin für Digitalisierung, Forschung und Innovation



1: Breitbandförderung

Wie kann bis 2030 eine flächendeckende Breitbandversorgung in allen Regionen Österreichs erreicht werden? Welche Rolle spielen dabei staatliche Förderungen?

Durch die Untätigkeit der derzeitigen Regierung ist ein enormer Rückstand in der Breitbandversorgung, speziell im ländlichen Raum, eingetreten. Eine Aufholung dieses Rückstandes bis 2030 bedarf großer Anstrengungen. In den Regionen, wo eine wirtschaftliche Finanzierung der Breitbandversorgung nicht möglich ist, bedarf es auch – wie bisher – staatlicher Förderungen (Stichwort: Aufstockung der Breitbandmilliarde).

2: Inhouse-Verkabelung

Durch fortschreitende Digitalisierung steigt der Bedarf an einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverkabelung in den eigenen vier Wänden. Wie können aktuelle Rahmenbedingungen (hohe Kosten, langwierige Prozesse, ggf. untätige Eigentümer:innen) für die Errichtung der Inhouse-Verkabelung verbessert werden? Wäre die gesetzliche Verankerung der Zustimmungsfiktion, also der stillschweigenden Zustimmung von Eigentümer:innen, sinnvoll?

Auch hier bedürfte es Anpassungen, speziell im Wohnungseigentumsgesetz, wie zum Beispiel bei der Installation von E-Ladestationen in Tiefgaragen oder Balkon-PV-Anlagen.

3: Regulierung & Wettbewerb

Die Europäische Kommission unterstützte in ihrem Whitepaper zuletzt die Idee pan-europäischer Netzbetreiber. Sollten diese gefördert werden oder die Infrastruktur eher durch regionale, lokale Betreiber errichtet werden? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang Regulierung?

Aus österreichischer Sicht erscheinen regionale Betreiber wünschenswert bzw. auch eine Abwicklung über die betroffenen Gemeinden (in Form von Gemeindeverbänden). Dies ist auch daher sinnvoll, da die Gemeinden den Ausbau mit anderen Straßenbauvorhaben koordinieren können. Damit lassen sich erhebliche Kosten einsparen (Grabekosten können bis zu 75 Prozent der gesamten Netzbaukosten ausmachen) sowie Verkehrsbehinderungen und Lärmbelästigungen durch unnötige Baustellen vermeiden. Das Verlegen der Netzinfrastruktur durch die Gemeinden hat zudem den Vorteil, dass so ein fairer Wettbewerb der Endkundendiensteanbieter stattfinden kann. Davon profitieren die Unternehmen und die Bürger*innen, die als Kund*innen aus mehreren Angeboten auswählen können. Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Fördervergaben europarechtskonform sind (Beispiel: Lienz). Dementsprechend würden Regulierungsfragen nur bei Anbietern mit marktbeherrschender Stellung zum Tragen kommen.